

Freiwillig in die Krise – reguliert wieder heraus

Die globale Finanzkrise und die Verantwortung von Unternehmen
und Banken

Fachtagung 26. März 2009

Reader

**Positionspapiere aus der Zivilgesellschaft zur
globalen Wirtschafts- und Finanzkrise**



Inhaltsverzeichnis

VENRO

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise:
Herausforderungen für die Entwicklungspolitik S. 2

BankTrack

Bank to the Future
El Escorial Statement on Banks and the Financial Crisis S. 6

Aufruf zivilgesellschaftlicher Organisationen

Steuerparadiese: Bedrohung für öffentliche Haushalte,
soziale Gerechtigkeit und funktionsfähige Finanzmärkte S. 11

Tax Justice Network

Das intransparente Steuerparadies-System beenden.
Ein Aktionsprogramm zur Stärkung der internationalen
Zusammenarbeit bei der Finanz- und Steuerregulierung S. 14

Kritische AktionärInnen

Spielregeln für Global Players
Ein Aufruf der Kritischen AktionärInnen S. 18

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise:

Herausforderungen für die Entwicklungspolitik

VENRO-Positionspapier 2/2009

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat gravierende Auswirkungen auf die Schwellen- und Entwicklungsländer und verlangt überzeugende Konzepte und Antworten von der Politik. Als Dachverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen in Deutschland bewegt VENRO vor allem die Frage, welche Auswirkungen die Finanzkrise auf diese Länder und vor allem auf die in Armut lebenden Menschen hat. Bereits im November 2008 hat sich VENRO dazu in einer Erklärung geäußert. Inzwischen hat die Finanzkrise bereits die Realwirtschaft der meisten Entwicklungsländer erfasst. Dies macht es dringend erforderlich, dass die internationale Gemeinschaft am Ziel der Armutsbekämpfung festhält und ihren internationalen Verpflichtungen gerecht wird.

Die Krise des bestehenden Wirtschaftsmodells ist die Konsequenz der seit Jahren betriebenen Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik durch die internationalen Finanzinstitutionen und Industrieländer. Die Vorherrschaft dieses wirtschafts- und finanzpolitischen Leitbildes hat die unregulierte, gehebelte und verbrieftete Spekulation auf Währungen, Kredite, Immobilien, Rohstoffe, Nahrungsmittel und fallende Preise gefördert und damit die globale Finanzkrise ausgelöst. Die USA, die Europäische Union (EU), der Internationale Währungsfonds (IWF) und weitere 36 Staaten haben bislang infolge der globalen Finanzkrise rund 7.588 Milliarden Euro zur Rettung von Banken und zur Stützung der Wirtschaft ausgegeben. Diese Summe macht ein Vielfaches dessen aus, was dieselben Industriestaaten jährlich für Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen. Es besteht die Gefahr, dass die im Zuge der Rettungspakete entstandenen Haushaltsbelastungen vor allem die Sozial- und Entwicklungsausgaben verdrängen.

Krise trifft besonders die Armen

Von den Auswirkungen der globalen Finanzkrise sind insbesondere die Armen in Entwicklungs- und Schwellenländern betroffen. Obwohl ihre Finanzmärkte nicht immer mit den Zentren der Finanzspekulation verkoppelt waren, sind auch die Entwicklungsländer von der Krise betroffen. Zahlreiche Banken und Investmentfonds haben ihr Kapital zur Sicherung der eigenen Liquidität zurückgerufen und Investitionen ausgesetzt. Zudem hat die Finanzkrise auch durch den Rückgang von Überweisungen von Migrantinnen und Migranten abnehmende Finanztransfers in Entwicklungsländer zur Folge. Der Einbruch der weltweiten Nachfrage nach Rohstoffen, Waren und Dienstleistungen der Entwicklungsländer und das Fluchtkapital der Eliten führen zu einem starken Defizit in der Kapital- und Leistungsbilanz der Entwicklungsländer. Dies verschlechtert die bereits prekäre Beschäftigungssituation in armen Ländern zusätzlich und führt zu größerer Armut. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) rechnet mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um bis zu 50 Millionen Menschen bis Ende 2009. Sie schätzt, dass die Anzahl arbeitender Menschen, die in extremer Armut leben, um 200 Millionen Menschen steigen wird.

Die Krise hat die Notwendigkeit einer seitens vieler Entwicklungsländer und der Zivilgesellschaft bereits lange geforderten Regulierung der Finanzmärkte und der

Schaffung einer neuen Finanzarchitektur offensichtlich gemacht. Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit zwischen Nord und Süd, aber auch innerhalb von Gesellschaften zwischen Arm und Reich müssen dabei auf der Tagesordnung stehen. Gemeinsam mit unseren Partnern in europäischen und weltweiten Netzwerken fordern wir als deutsche entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen, dass sich die Bundesregierung anhand der folgenden Kriterien für eine Reform der internationalen Finanzarchitektur, der globalen Regierungsführung und verstärkte Entwicklungszusammenarbeit einsetzt:

- **Multilateralismus:** Die Kooperation der G20 zur Lösung der ökonomischen Krise ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings sind hier die Interessen der ärmsten Entwicklungsländer nicht ausreichend vertreten. Eine wirkungsvolle Vertretung der Niedrigeinkommensländer im G20-Prozess und eine enge Zusammenarbeit mit dem von der Generalversammlung der UN angestoßenen Konferenzprozess zur Lösung der Finanzkrise, sind unabdingbar. VENRO begrüßt es, wenn am Ende dieser Entwicklung ein UN-Rat für wirtschaftliche und soziale Fragen steht, dem andere multilaterale Einrichtungen zugeordnet sind. In diesem Zusammenhang ist es von entscheidender Bedeutung, dass das neu geschaffene Gremium mit ausreichenden Kompetenzen zur Lösung global relevanter wirtschaftlicher und sozialer Fragen ausgestattet wird.

- **Internationale Finanzinstitutionen:** Angesicht der völlig unzureichenden Repräsentation von Schwellen- und Entwicklungsländern steht die Legitimation internationaler Finanzinstitutionen in Frage. Die Bundesregierung sollte sich daher für eine grundlegende Reform von IWF und Weltbank einsetzen, die sowohl von einem Politikwechsel, als auch von einer Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen geprägt ist. Das Prinzip einer gleichberechtigten Mitsprache armer Länder muss auch die Reform der Internationalen Finanzinstitutionen leiten. Langfristig müssen der angestrebte UN-Rat für wirtschaftliche und soziale Fragen und seine angeschlossenen internationalen Finanzinstitutionen, zu denen auch eine UN-Steuerorganisation gehören sollte, die Banken und Geldinstitute global regulieren und beaufsichtigen.

- **Wirtschaftspolitik und Handelssystem:** Die Bundesregierung muss sich für die Entwicklung einer offenen, regelgestützten und nicht diskriminierenden Wirtschafts- und Handelspolitik einsetzen. Expansive Wirtschaftsmaßnahmen in reichen Ländern können nicht auf Kosten restriktiver Wirtschaftspolitik in Entwicklungsländern erkaufte werden. Breitenwirksames Wachstum in den Entwicklungsländern erfordert sichere Bedingungen für Investitionen, stabile Währungen, Schutz der eigenen Industrie- und Landwirtschaft sowie des nationalen Vermögens. Dies kann unter den gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Bedingungen nicht garantiert werden.

- **Aufsicht:** Die Bundesregierung muss sich für mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht einsetzen, die mit einem weltweit koordinierten, lückenlosen und transparenten Aufsichtsrahmen verbunden sein sollten. Das jetzige Forum für Finanzstabilität kann nur erste krisenlösende Schritte vorschlagen. Künftig sollten Zentralbanken und Finanzministerien aller Länder darin vertreten sein. Aufsichtsfunktionen über internationale Finanzflüsse müssen institutionell in einer Hand zusammengefasst werden. Das Bankgeheimnis gegenüber der Aufsicht muss aufgehoben werden.

- **Regulierung:** Die Finanzmärkte müssen zu ihrer Servicefunktion für die Finanzierung von Produktion und Handel zurückgeführt werden. Dabei müssen Finanzmärkte auch einen Beitrag zur Entwicklungsfinanzierung leisten und dürfen nicht weltweite Asymmetrien zementieren. Jede wirtschaftliche Aktivität ist im Rahmen der Rechnungslegung der Akteure zu verantworten.

- **Währungen:** Industrie- und Schwellenländer tragen die Verantwortung für die Stabilität des internationalen Währungssystems. Für die Finanz- und Währungsstabilität von Entwicklungsländern ist eine Reform des gegenwärtigen internationalen Währungssystems notwendig. Diese muss weg von der einseitigen Dominanz des Dollars als Reservewährung hin zu einem multilateral gestützten multipolaren Währungssystem führen. Langfristig sollte eine Weltwährung unterstützt werden, um Wirtschaft und Beschäftigung vor Spannungen aus Spekulationen gegen Währungen zu schützen.
- **Steuerflucht und -hinterziehung:** Steueroasen und Offshore-Finanzzentren müssen trocken gelegt werden, damit die Steuer- und Kapitalflucht aus Entwicklungsländern sowie Geldwäsche und Korruption wirksam unterbunden wird. Schädlichem Steuerwettbewerb, Steuerflucht und Steuervermeidung muss wirksam und international koordiniert entgegen getreten werden. Zunächst sollten dazu Finanztransaktionen in Steueroasen streng reguliert werden, mittelfristig sollte eine internationale Steuerorganisation unter dem UN-Dach etabliert werden. Transnationale Konzerne müssen zudem ihre Bilanzen im jeweiligen Land steuerlich veranlagern (Anwendung des „Wohnsitzprinzips“) und durch länderbezogene Rechnungslegung vollständige Transparenz in Steuerfragen gewährleisten.
- **Entschuldung:** Schwellen- und Entwicklungsländern, die durch die Finanzkrise in Schwierigkeiten geraten, muss ein rascher und für Gläubiger und Schuldner fairer Ausweg ermöglicht werden. Unparteiische und rechtsstaatliche Verfahren bieten dafür die beste Gewähr. Wir fordern deshalb die Schaffung eines Internationalen Insolvenzverfahrens für überschuldete Staaten.
- **Entwicklungsfinanzierung:** Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise darf nicht zu Lasten der Entwicklungszusammenarbeit gehen. Die Bundesregierung muss daher ebenso wie die anderen Mitgliedstaaten der EU zur Erfüllung des europäisch abgestimmten Stufenplans zur Erhöhung der Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2015 stehen. Es darf kein krisenbedingtes Absinken der ODA und keine Aufweichung der ODA-Definition etwa zur Einrechnung der Kosten von Bundeswehreinräsen im Ausland geben. Mit 100 Millionen Euro hat Deutschland rund 0,2 Prozent seines Konjunkturprogramms der Weltbank für Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung gestellt. VENRO begrüßt diesen Schritt, hält allerdings eine weitere Erhöhung für geboten. Budgethilfen können die rasche Verwendung der EZ-Mittel sicherstellen und sollten daher als Instrument stärker genutzt werden. Voraussetzung ist, dass die Prüfung der Bewirtschaftungssysteme und der Rechnungslegung durch Legislative und Exekutive geberseits zu einem positiven Ergebnis gelangt und von Seiten der Empfänger die demokratische Kontrolle sichergestellt sowie die Beteiligung der Zivilgesellschaft gewährleistet ist. Zur Mobilisierung zusätzlicher Mittel für die Armutsbekämpfung sollte zudem die international koordinierte Besteuerung von Währungs- und Finanztransaktionen realisiert werden. Initiativen und Institutionen der Mikrofinanzierung können gerade in Krisenzeiten eine wichtige Rolle bei der Existenzsicherung von Kleinst- und Kleinunternehmen in Entwicklungsländern spielen. Sie müssen daher mit den Instrumenten der Entwicklungspolitik verstärkt gefördert und durch die Absicherung ihrer Risiken gestärkt werden.
- **Klimawandel:** Die Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel ist keine Entwicklungshilfe, sondern Ausgleich seitens der Hauptverursacher des Klimawandels. Zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen, Klima- und Waldschutz sowie Technologiekooperation sollten unter anderem verstärkt die Erlöse aus der Auktionierung der Emissionszertifikate herangezogen werden. Bereits heute sollte über Mechanismen nachgedacht werden, die gewährleisten, dass diese

Investitionen nicht zulasten der offiziellen Entwicklungshilfe gehen, sondern von den Industrieländern als Hauptverursacher des Klimawandels zusätzlich zum Emissionshandel und den zur Erfüllung des 0,7-Prozent-Ziels notwendigen Entwicklungshilfemitteln geleistet werden.

Die globale Krise bietet die Chance für eine grundlegende Umgestaltung der gegenwärtigen Weltwirtschafts- und Finanzordnung und ihre Ausrichtung an den Maßstäben einer wirtschaftlich stabilen, sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklung. Als entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen fordern wir von der Bundesregierung, diese Chance zu nutzen.

Bank to the Future

El Escorial Statement on Banks and the Financial Crisis

BankTrack, November 2008

BankTrack is the international network of non-governmental organizations monitoring commercial banks. BankTrack advocates for a banking sector that is socially and environmentally sustainable and which provides services that benefit society as a whole. Rooted in this perspective, and in light of the financial crisis, we call for fundamental reforms in the global financial system, particularly in relation to the role and regulation of banks.¹

The world financial system is on the brink of collapse. The crisis that is pervading the banking system has increasingly spread to other sectors of the economy, affecting the lives of millions of people living in both developed and developing countries.

Irresponsible and unsustainable behaviour of banks, driven by greed and kept unchecked by a failing regulatory system, has been at the core of the crisis. In our view, the crisis has three main dimensions:

- *A financial and economic crisis:* The financial meltdown has been characterized by a collapse of trust among banks, bank insolvency, and deleveraging. More importantly, it has led to a severe crisis of confidence in the banking sector overall, confidence on which the sector ultimately depends. As distrust takes over and money flows dry up, credit has tightened, and the world is heading into a recession whose depth and duration no one can predict.
- *A social and environmental crisis:* The reckless, speculation-driven expansion of the financial markets has led to a staggering disconnect between the amount of capital at play in the “casino” economy (where money is solely made off money) and the real economy. That same capital could have been deployed to investments that would help meet both the basic needs of millions of people, as well as finance the global energy shift urgently needed to avoid a global climate catastrophe. Unfortunately, banks’ financing activities in the real economy usually fall far short of this potential, and instead often harm local communities and ecosystems around the world.²

The financial crisis has also diverted international attention, support, and financial resources from addressing urgent issues facing the world’s poor, such as the continuing food crisis. Humanitarian groups stress that the suffering of the 290 million people hit hardest by today’s food crisis could be relieved if the G8

¹ This statement was drafted at the BankTrack annual strategy meeting which took place in San Lorenzo de El Escorial, Spain on 6 November 2008. As the economic crisis is constantly changing and further unfolds, BankTrack will continue to collaborate with other NGOs, social movements, trade unions and civil society at large to refine our analysis and to develop a common approach. BankTrack’s vision for sustainability and accountability in the financial sector is elaborated in the Collevocchio Declaration (2003): www.banktrack.org

² See for example, BankTrack’s *Dodgy Deals*: www.banktrack.org

countries could give just two extra cents for every \$1 they have spent so far on bailing out the banking industry.³

- *A governance crisis:* Through widespread political engagement over the last decade, the financial industry has effectively usurped the power and role of financial regulators and supervisors.⁴ Banks' successful deregulatory efforts have allowed them to engage in excessive risk-taking in the pursuit of short-term profits, at the cost of more prudent value-creating strategies. As a result, between 2000 and 2006, the net profits of banks have more than doubled.

To deal with the serious problems that have now arisen, and to prevent their future reappearance, BankTrack believes that these three dimensions of the crisis need to be dealt with at once.

Steps to solve the governance crisis

As the crisis has demonstrated, self-regulation is no regulation. For years, governments have taken a hands-off approach to the sector which has allowed risky activities to go unregulated, and banks to easily circumvent existing rules.

Weak regulations led to the creation of the massive "shadow banking system," which was largely responsible for the expansion of unregulated, exotic securitized products and credit derivatives. For example, in 2007 the notional value of over-the-counter derivatives amounted to about US\$596 trillion, which is almost 10 times larger than world GDP.⁵ This huge unregulated part of the financial sector increased systemic risks and played a key role in creating the financial crisis. Largely operating out of tax havens that have been left equally undisturbed by the world community, some shadow banks are actually non-bank institutions such as hedge funds. However, other such operators have been established by banks themselves (for example, structured investment vehicles) to avoid regulations such as capital adequacy requirements.

It is also clear that under a system of self-regulation, banks were not able to take any meaningful coordinated action to stem the crisis in which they found themselves, forcing governments around the world to bail them out with massive amounts of tax money. To avoid this situation in the future, BankTrack believes that it is necessary to:

- *Get banks out of politics:* Decreasing the political influence of banks (and all corporations) is critical. According to Nobel Prize winner Joseph Stiglitz, "Much of the inadequacy of current regulations and regulatory structures is the result of financial markets' political influence, in many countries through campaign contributions. These deeper political reforms, including campaign finance reform, are an essential part of any successful regulatory reform."⁶

³ NGOs warn poor countries neglected in financial bail-outs, 17 October 2008,

<http://www.oxfam.org/en/pressroom/ngos-warn-poor-countries-neglected-financial-bail-outs>

⁴ For example, in the US, the financial industry has more than quadrupled its federal campaign contributions since 1990, and is now the leading source of support to federal candidates and parties. see Center for Responsive Politics, <http://www.opensecrets.org/industries/background.php?cycle=2008&ind=F> and <http://www.opensecrets.org/industries/indus.php?cycle=2008&ind=F>

⁵ Bank for International Settlements, <http://www.bis.org/statistics/otcder/dt1920a.pdf>

⁶ Joseph Stiglitz, Professor, Columbia University, Testimony to House Financial Services Committee, October 21, 2008 at http://www.house.gov/apps/list/hearing/financialsvcs_dem/stiglitz102108.pdf

- *Require banks to seek a social license to operate:* Society must regain the means to control and correct banks, and redefine banks' primary role as investing in the real economy and advancing environmental sustainability. Banks need to earn their social licenses to operate and provide products and services which serve, rather than harm, the public interest.
- *Ensure democratic participation in designing a new global financial order:* BankTrack strongly supports the development of a new global financial order to prevent future financial crises. However, new policies and institutions must be developed in a manner that is participatory and democratic, and ensure strong participation and support from developing and emerging countries. Large segments of their populations are being badly affected by the present crisis, even they had no responsibility in creating it.

Steps to solve the environmental and social crisis

Today the world is in need of a "Green New Deal." Such a deal would not seek to stabilize the economic system as it is, but aim to transform it into one that helps solve the pressing social and environmental problems the world is facing. The fiscal spending that is necessary to stimulate crisis-affected economies entering recession should be directed at achieving social justice, the promotion of sustainable production and consumption systems, and the transition of the world's economies onto a low carbon path.

Banks, particularly those that are now bailed out with tax money, have an important role to play in this economic transformation. It must be a role based on serving the public interest, rather than safeguarding the profits of the few. Given their power and important role, banks can and should deploy capital in ways that promote the restoration and protection of the environment and help create sustainable economies.

For example, banks can play a pivotal role in funding the transition to a low-carbon economy by moving away from fossil fuel-based energy projects into low/no carbon options and by accounting, reporting, and committing to reduce the greenhouse gas emissions in all their financing portfolios.

Policy makers too have a critical role in establishing a new bank regulatory regime that proactively stimulates this economic transition. For example:

- *Bank supervision:* Sustainability-oriented standards should be incorporated into all bank supervision, including the granting of licenses, and the extension of central bank-provided credit and insurance.
- *A sustainable Basel Capital Accord:* Banking regulators should mandate the inclusion of environmental and social issues into risk assessment processes for bank financing activities. One possibility is to include a set of sustainability criteria into the Basel Capital Accords capital adequacy ratios.
- *Green screening of customers:* Know Your Customer (KYC) guidelines are anti-money laundering (AML) mechanisms used by banks to screen potential depositors. In a similar vein, "Green KYC" guidelines should be developed, which would require banks to conduct environmental and social due diligence for both commercial depositors and borrowers, with the aim of prohibiting lending to

corporations that do not comply with environmental and social laws. In addition, existing AML requirements should be tightened to halt the proceeds of corruption, illicit natural resource deals and tax evasion from entering the financial system.⁷

- *Transparency:* Banks should be completely transparent about their risk assessment processes, decision-making procedures, clients, and transactions. For example, banks should fully disclose their financing activities in the extractive industries and infrastructure sectors, which often have high environmental and social impacts. In light of widespread public distrust about banks' intentions, the issue is no longer how much transparency banks can allow, but how much secrecy they can afford. Such transparency is already best practice among some ethical banks.

Steps to solve the financial crisis

Current efforts to reform the financial markets must include **clear prohibitions** on certain financial practices and structures.

- *Eliminate the shadow banking system* by regulating all unregulated financiers and financial products. In addition, some financial practices simply should be forbidden. It does not make sense to establish regulatory frameworks and reporting standards, while at the same time allowing financiers to circumvent them through off-the-book transactions. For example, banks should not be allowed to create any structured investment vehicles and/or special purpose entities which allow them to avoid regulations.
- *Abolish tax havens:* Secrecy jurisdictions are established not only to allow companies, financiers and individuals to evade taxes, but to avoid regulations as well. With tax havens resulting in capital flight of some US\$500-800 billion per year⁸ from developing and emerging market countries alone, severely eroding the tax base of these countries, they have significant impacts on the world's poor. No jurisdiction should be allowed to continue with its tax haven status. As part of the effort to eliminate such havens, banks should be explicitly prohibited from establishing or conducting transactions with entities based in these jurisdictions.

In addition, financial regulations should be **dramatically strengthened:**

- *Regulate alternative investors,* such as hedge funds and private equity funds, and introduce significant new transparency and reporting requirements. For years, alternative investments were lightly regulated, under the rationale that only wealthy, sophisticated investors participated in such funds, which often employ risky and speculative investment strategies (and which we now know, also create systemic risk and foster instability). Today, however, pension funds, university endowments as well as public and private financial institutions have significant exposure to these funds, greatly magnifying their impacts on ordinary citizens

⁷ For example, AML requirements should apply to all financial actors and transactions, including hedge funds and private equity. The Financial Action Task Force should also launch a name and shame initiative focusing on those jurisdictions that are failing to implement their AML rules.

⁸ Baker, Raymod, *Capitalism's Achilles Heel*, 2005.

and the global financial system. This requires much stronger regulation of the alternative investment space.

- *Limit leverage:* The crisis has made clear that extraordinarily high returns often are linked to an excessive amount of borrowed money (leverage) and/or temporary wealth associated with inflating bubbles. As over-borrowing and the subsequent deleveraging are drivers of the current crisis, the use of leverage in investments and lending should be limited. For example, banks should have a leverage ratio in addition to stricter capital adequacy standards, and non-bank institutions should also have capital and leverage requirements.
- *Curb derivatives:* It has become clear that derivatives are potentially dangerous products. As with other potentially dangerous goods -- for example pharmaceutical products -- regulators demand robust testing before a product can be sold. Equally, derivatives should be checked for their long-term impacts and whether they serve a legitimate hedging purpose (i.e. help producers to anticipate and adapt to price fluctuations). Only legitimate hedging instruments should be allowed, and they should be standardized and traded in regulated exchanges.

The need to curb speculative derivatives trading is particularly critical in food- and energy-related commodities markets. Huge swings in commodity prices and speculation-fueled spikes in food and energy prices hurt the world's poor. Food and energy should not be treated like chips in a casino.

- *Reduce incentives for excessive risk taking:* Banks' perverse incentive structures, like stock-options and short-term, volume-oriented bonuses, stimulated excessive risk taking and effectively led to greed-oriented decision-making at banks. For example, CEOs and bankers have compromised lending standards (including environmental and social policies), taken on too much leverage, and unscrupulously pushed risky products onto the public. Not only should bankers' executive compensation be drastically limited, but the role of bonuses in remuneration systems should be changed so as to reward long-term financial success and the implementation of environmental and social policies and programs.

We face a time of dramatic change that presents unique opportunities. Now that the once-dominant forces of market fundamentalism have been discredited, a new, equitable, and sustainable future can be built on the rubble of past excesses.

El Escorial, Spain
November 6 2008

STEUEROASEN: Bedrohung für öffentliche Haushalte, soziale Gerechtigkeit und funktionsfähige Finanzmärkte

Aufruf zivilgesellschaftlicher Organisationen, 26. März 2009

Die Finanzkrise hat in dramatischer Zuspitzung deutlich gemacht, in welchem Ausmaß Gesellschaften weltweit ökonomisch und sozial von der Intransparenz und Regellosigkeit der globalen Finanzmärkte bedroht sind. Die weitgehend unregulierte Entwicklung dieser Märkte hat die Verteilung von Chancen und Risiken, von Nutzen und Lasten undurchschaubar gemacht. Auf diese Weise hat sie mit dazu beigetragen, Wettbewerb zu verzerren und Ungleichgewichte erheblich zu verschärfen.

Doch was inzwischen nicht nur die Politik sondern auch die Marktakteure überfordert, war (und ist immer noch) von vielen gewollt: Maximierung der Renditen für eingesetztes Kapital durch systematische Umgehung nationaler Gesetze und durch Verschleierung von Risiken und gesamtgesellschaftlichen Kosten.

Wichtigstes Instrument für dieses Geschäftsmodell sind die mehr als 50 Steueroasen weltweit. Obwohl von Fläche und Einwohnerzahl her unbedeutend wird heute ein großer Teil des Welthandels über sie abgewickelt – wenn auch nur auf dem Papier und nicht real. Mit niedrigsten Steuersätzen, einem strikten Bankgeheimnis und laxer Regulierung haben sie nur ein Ziel: Geschäfte zu ermöglichen, mit denen gegen gesetzliche Bestimmungen anderer Länder verstoßen wird. Einnahmen aus Korruption und Kriminalität aber auch Unternehmensgewinn un versteuertes Privatvermögen oder intransparente Finanzprodukte sollen so vor Staatsanwaltschaften, Steuer- und Regulierungsbehörden versteckt werden.

Doch der Gewinn der wenigen, die schwarzes Kapital in Steueroasen verstecken, und der sie unterstützenden Banken und Finanzberater ist nur die Kehrseite der Kosten, die von der Mehrheit der Bevölkerung getragen werden müssen:

- Die in Steueroasen versteckten Gelder fehlen für breitenwirksame öffentliche Leistungen und dringend nötige Maßnahmen gegen die fortschreitende Umweltzerstörung. Besonders die Armen in Industrie- und Entwicklungsländern leiden darunter.
- In Steueroasen verstecken auch die Geber und Nehmer von Korruption und das organisierte Verbrechen ihre Finanzmittel. Als Orte der Geldwäsche unterstützen Steueroasen die Kriminalität und Korruption und sind mitschuldig an dem dadurch verursachten Leid.
- Die über Steueroasen hinterzogenen Steuern internationaler Konzerne und reicher Privatleute schmälern die öffentlichen Haushalte und erhöhen deren Verschuldung. Die Erhöhung von Lohn- und Verbrauchssteuern zum Ausgleich für diese Verluste belastet besonders die Ärmern und gefährdet den sozialen Frieden.
- Entwicklungsländer geraten durch die genannten Praktiken in zunehmende Abhängigkeit von Entwicklungshilfe und Krediten. Schon heute verlieren sie mehr

durch Steuerhinterziehung über Steueroasen als sie an Entwicklungshilfe erhalten.

- Die Auslagerung und Verschleierung finanzieller Risiken durch Finanzkonstruktionen mit Hilfe von Steueroasen führt zu unternehmerischen Fehlanreizen und bedroht das Funktionieren der Finanzmärkte. Die Folgekosten, z.B. durch die Rettung des Bankensystems, trägt wiederum die Mehrheit der Bevölkerung.

Als Schutzräume und Drehscheiben für schwarzes Kapital bedrohen Steueroasen die zentralen Säulen einer globalen Entwicklung, die alle einschließen soll. Sie haben auch einen wesentlichen Anteil an der aktuellen Finanzkrise. Ihrem Geschäftsmodell muss deshalb der Boden entzogen werden. Das muss ein zentraler Bestandteil bei der Suche nach international abgestimmten Antworten auf die aktuelle Finanzkrise sein. Regulierungen und Transparenzanforderungen würden sonst in Zukunft ebenso umgangen wie heute bereits nationale Steuergesetze.

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, in ihrer nationalen Gesetzgebung und als Mitglied multilateraler Institutionen und Verhandlungen dafür zu sorgen, dass

- Steueroasen ein zentraler Gegenstand der kommenden internationalen Verhandlungen zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise werden, beginnend mit dem Treffen der G20 Anfang April in Paris.
- eine umfassende internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und missbräuchlicher Steuervermeidung, Korruption und Geldwäsche durch die Beteiligung möglichst aller Staaten auf der Ebene der Vereinten Nationen erreicht wird;
- bestehende Standards zu Transparenz und zwischenstaatlicher Steuerkooperation so erweitert werden, dass sie eine effektive Besteuerung ermöglichen. Zu diesem Zweck muss ein automatischer Informationsaustausch zwischen nationalen Steuerbehörden verbindlich eingeführt werden;
- eine öffentliche schwarze Liste zur Identifizierung und Sanktionierung von Staaten und Jurisdiktionen eingerichtet wird, die diese Standards nicht erfüllen;
- die Rechnungslegung internationaler Unternehmen verbindlich so geregelt wird, dass eine länderbezogene Offenlegung aller für die Besteuerung notwendigen Angaben eine effektive Besteuerung ermöglicht;
- Entwicklungsländer im Kampf gegen Steuerhinterziehung und Korruption sowie bei der Aufspürung und Rückführung hinterzogener und gestohlener öffentlicher Mittel technisch und politisch unterstützt werden;
- Entwicklungsländer, die aus dem Steueroasen-Geschäft aussteigen wollen, Unterstützung beim Aufbau ökonomischer Alternativen erhalten;
- nur solche Banken und Unternehmen öffentliche Unterstützung und Aufträge erhalten, die keine Geschäftsbeziehungen zu Steueroasen unterhalten oder bereit sind, solche Geschäftsbeziehungen völlig offenzulegen.

Die unterzeichnenden zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gruppen sind in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens engagiert. Doch die öffentliche Armut und das Aushöhlen der Fundamente des Zusammenlebens betreffen unser aller Arbeit im Kern, auf nationaler ebenso wie auf internationaler Ebene. Eine globale Gesellschaft braucht globale Solidarität. Globale Solidarität braucht globale Steuergerechtigkeit. Steueroasen unterhöheln diese Solidarität und Gerechtigkeit. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dem Geschäftsmodell der Steueroasen durch verantwortliche nationale und internationale Politik den Boden zu entziehen. Neben unserer politischen Unterstützung bieten wir dazu die Kompetenz und Expertise aus unseren jeweiligen Arbeitsbereichen zur Mitarbeit an.

Diesen Aufruf tragen die folgenden unterzeichnenden Organisationen und Personen:

- Attac-Deutschland
- Bündnis erlassjahr.de
- Brot für die Welt
- Deutsche Welthungerhilfe
- Deutscher Caritasverband / Caritas international
- Deutscher Naturschutzring
- Evangelischer Entwicklungsdienst
- Germanwatch
- Global Policy Forum Europe
- Institut Südwind
- Misereor
- Netzwerk Steuergerechtigkeit
- Oxfam Deutschland
- Transparency International Deutschland
- urgewald
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di
- weed – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung

- Wolfgang Rode, Vorstandsmitglied der IG Metall
- Horst Schmitthenner, IG Metall Verbindungsbüro soziale Bewegungen
- Hans-Jürgen Urban, Vorstandsmitglied der IG Metall

Das intransparente Steueroasen-System beenden

Ein Aktionsprogramm zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit bei der Finanz- und Steuerregulierung

Tax Justice Network, März 2009

Jeder ernsthafte Versuch zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit und der Koordination bei der Überwachung des internationalen Finanzsystems muss entschiedene Maßnahmen zur Regulierung von so genannten Offshore-Finanzinstituten beinhalten. Das ist inzwischen allgemein anerkannt. Dabei sollte unter anderem verhindert werden, dass die großen internationalen Finanzzentren weiterhin im Rahmen des von ihnen selbst geschaffenen und am Leben erhaltenen Offshore-Systems zusammenarbeiten.

Offshore-Finanzinstitute werden in großem Umfang zum Zweck gezielter Intransparenz genutzt, welche die Wirksamkeit einer Finanzregulierung im öffentlichen Interesse untergräbt. Die von Steueroasen und vom Offshore-Finanzsystem betriebene strenge Geheimhaltung ermöglicht insbesondere missbräuchliche Steuervermeidung und Steuerflucht bzw. eine Umgehung der Finanzregulierung.

Das Offshore-System hat auf zwei verschiedene Arten zur derzeitigen Finanzkrise beigetragen. Zum einen führten die Möglichkeiten der Steuerminimierung zu einer deutlichen Erhöhung des Geldmittelvolumens für Finanzspekulationen und zu einer Verzerrung der internationalen Investitionsströme durch die Reduzierung der Kapitalkosten für Finanzoperationen, beispielsweise durch Hedge-Fonds, im Unterschied zu Sachinvestitionen. Zum anderen hat die von Offshore-Finanzplätzen betriebene Geheimhaltung zu einer Intransparenz beigetragen, die das Vertrauen in die Vermögenswerte und Bilanzaufstellungen multinationaler Banken und Finanzinstitutionen zerstört und großen Schaden an der Weltwirtschaft angerichtet hat.

Internationale Steuervermeidung und Steuerflucht stellen ein wichtiges Hindernis für Entwicklungsländer dar, wenn es darum geht, eigene Finanzmittel für Entwicklung zu erbringen und auf diese Weise ihre Abhängigkeit von der Entwicklungshilfe zu verringern. Es ist an der Zeit, dem Einsatz künstlicher juristischer Personen in Steueroasen ein Ende zu setzen, die Steuerflucht- und -vermeidung erst ermöglichen, wodurch rechtmäßige Geschäftsaktivitäten verzerrt und beschädigt werden. Zu diesem Zweck schlägt das Netzwerk Steuergerechtigkeit (Tax Justice Network, TJN) das nachfolgende Aktionsprogramm vor.

VERBESSERTE KOORDINATION ZWISCHEN STEUER- UND FINANZBEHÖRDEN

Das vom Forum für Finanzstabilität (Financial Stability Forum, FSF) zusammengestellte Compendium of Standards and Codes sollte geeignete Normen zur Internationalen Zusammenarbeit in Steuersachen enthalten (siehe unten). Das FSF selbst sollte dahingehend reformiert werden, dass mehr Länder – insbesondere Entwicklungsländer – integriert und Möglichkeiten zur Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Organisationen geschaffen werden.

Die von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond (IWF) erstellten Berichte über die Einhaltung von Normen und Codes (Reports on the Observance of Standards and Codes, ROSCs) durch internationale Finanzzentren sollten transparenter gestaltet werden und es ermöglichen, zivilgesellschaftliche Organisationen (im Rahmen einer

grundlegenden Governance-Reform von IWF und Weltbank für mehr Transparenz und Rechenschaft) mit einzubeziehen. So sollte bewertet werden, in welchem Maße jedes Land und Territorium internationale Normen zur Zusammenarbeit in Steuersachen erfüllt. Diese Bewertungen sollten von SteuerexpertInnen vorgenommen werden, die vom UN-Expertenkomitee für Steuerfragen benannt werden. Nur solche Finanzzentren dürfen als konform mit diesen Normen erklärt werden, die adäquate und transparente Regelungen zur umfassenden Zusammenarbeit in Steuersachen geschaffen haben. Gegenmaßnahmen bei Nichteinhaltung von Normen der Zusammenarbeit in Steuersachen werden separat behandelt (siehe unten).

Innerhalb jedes Landes und jedes Territoriums sollten geeignete Regelungen für die Zusammenarbeit zwischen Steuerbehörden und der für die Finanzkontrolle zuständigen Aufsicht eingeführt werden, einschließlich der Organe, die für die Bekämpfung von Geldwäsche, Korruption und anderen kriminellen Aktivitäten zuständig sind. In jedem Land sowie auf internationaler Ebene sollte es – unter Berücksichtigung entsprechender Schutzvorschriften – angemessene Vereinbarungen für den Informationsaustausch zwischen Steuer- und Finanzregulierungsbehörden geben. Hierzu gehört auch der Zugriff von Steuerbehörden auf Transaktionsberichte, die im Rahmen der Geldwäschebekämpfung gesammelt werden.

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT IN STEUERSACHEN

Um einen umfassenden Informationsaustausch für die Festsetzung und Einforderung von Steuern zu ermöglichen, sollte eine international geltende Norm für die Zusammenarbeit bei der Besteuerung erarbeitet werden. Dieser Informationsaustausch sollte automatisch, auf Anfrage sowie spontan erfolgen können. Die Norm sollte sich an bereits bestehenden Instrumenten orientieren, wie dem Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen des Europarates und der OECD aus dem Jahr 1988 sowie der Europäischen Zinsbesteuerungsrichtlinie. Das multilaterale Übereinkommen des Europarates und der OECD sollte für den Beitritt aller interessierten Staaten geöffnet werden. Die Mitgliedstaaten des Europarats und der OECD sollten das Abkommen ohne größere Einschränkungen unterzeichnen. Länder mit Vorbehalten sollten diese zurückziehen. Alle teilnehmenden Staaten sollten die Vorkehrungen des Abkommens zum automatischen Informationsaustausch in Kraft setzen. Darüber hinaus sollten sie dessen Bestimmungen auf alle von ihnen abhängigen Gebiete anwenden.

Die Europäische Union sollte die im November 2008 vorgelegte überarbeitete Fassung der Europäischen Zinsbesteuerungsrichtlinie beschließen und die bisher vorhandene Option einiger teilnehmender Länder und Territorien außer Kraft setzen, an Stelle des Informationsaustauschs Quellensteuer auf Einkommen von SteuerausländerInnen einzubehalten. Ziel sollte es sein, den automatischen Informationsaustausch unter allen Umständen zu gewährleisten und Steuerzahlungen, die auf Grundlage der Richtlinie vorgesehen sind, auf Dividenden und andere Kapitalerträge zu erweitern. Die EU sollte mit Nicht-Mitgliedstaaten Verhandlungen aufnehmen, damit der geographische Wirkungsbereich der Europäischen Zinsbesteuerungsrichtlinie auf weitere Länder ausgedehnt wird. Ein besonderer Schwerpunkt sollte dabei auf den USA und den wichtigsten zur Zeit nicht teilnehmenden Steueroasen Dubai, Singapur, Hongkong und Panama sowie auf Entwicklungsländern liegen, die womöglich Verluste durch Kapitalflucht erlitten haben.

Das Zentrum für Steuerpolitik und -verwaltung der OECD sollte seine langjährige Arbeit an technischen Standards für den automatischen Austausch steuerrelevanter Informationen in elektronischer Form beschleunigen. Dabei sollten andere zuständige

Institutionen wie die Europäische Kommission, die Steuerabteilung des IWF und die Weltbank mit einbezogen werden. Diese Standards sollten so schnell wie möglich auf internationaler Ebene abgestimmt und umgesetzt werden.

Die internationale Norm sollte Verfügungen beinhalten, die Informationen sowohl zu einzelnen BürgerInnen und BewohnerInnen, die in diesem Land ansässig sind, als auch zu juristischen Personen gewährleisten, die auf Grundlage der Gesetze dieses Landes oder Territoriums gegründet wurden bzw. dort ansässig sind. Die Norm sollte insbesondere die Auflage enthalten, dass alle Banken und andere Finanz-, Rechts- und Unternehmensdienstleister Informationen zu den wirtschaftlichen EigentümerInnen aller Zahlungen sammeln, die an natürliche oder juristische Personen mit oder ohne Wohnsitz in dem betreffenden Staat oder Territorium geflossen sind. Diese Informationen sollten den entsprechenden Aufsichtsorganen und Behörden (einschließlich der Steuerbehörden) zu Kontrollzwecken zur Verfügung stehen. Rechtskonstruktionen, die eigens für Gebietsfremde geschaffen werden, um ihnen zu ermöglichen, Finanzaktivitäten ausschließlich außerhalb des jeweiligen Territoriums durchzuführen, sollten verboten werden. Die Einhaltung der Bestimmungen sollte statt auf unverbindlichen ‚Selbstverpflichtungen‘ oder bilateralen Abkommen auf zufrieden stellenden Vereinbarungen für einen multilateralen Informationsaustausch mit anderen Staaten gründen.

Der Fortschritt hinsichtlich der Einhaltung dieser Norm sollte von einem entsprechenden Expertengremium überwacht werden. Dies sollte unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und nach einem festen Zeitplan mit einer relativ kurzen Übergangsphase geschehen. Staaten, die diese Norm auf zufrieden stellende Weise erfüllt haben, sollten auch innerhalb ihrer eigenen Gesetzgebung entsprechende Schutzmaßnahmen ergreifen, um Finanztransaktionen die Anerkennung zu verweigern, die mit juristischen Personen in Ländern und Territorien geschlossen wurden, welche die benannte Norm nicht erfüllen. Das könnte beispielsweise umfassen: eine besondere Kontrolle für SteuerzahlerInnen mit Verbindungen zu solchen Ländern und Territorien; die Behandlung von Körperschaften in solchen Gebieten als missbräuchliche Rechtsgestaltung; die Verweigerung steuerlicher Absetzbarkeit von Zinsen und anderen Zahlungen an Körperschaften, die von der Geheimhaltung in solchen Hoheitsgebieten profitieren; das Verbot an Banken, in solchen Ländern und Territorien Niederlassungen oder Tochtergesellschaften zu unterhalten. Die Maßnahmen sollten so umfassend wie möglich abgestimmt werden.

Das UN-Expertenkomitee für Steuerfragen sollte in erster Linie damit beauftragt werden, einen einheitlichen Ansatz zur Besteuerung transnationaler Konzerne zu entwickeln. Hierfür sollte die Arbeit der EU an der Entwicklung einer einheitlichen Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage für Europa einbezogen werden. Die Erfahrung der Multistate Tax Commission in den USA mit einheitlicher Besteuerung und Verteilungsformel sollte berücksichtigt und die Unterstützung des Komitees für Steuerfragen der OECD herangezogen werden.

VERBESSERTE FINANZTRANSPARENZ VON UNTERNEHMEN

Das International Accounting Standards Board (IASB) sollte in seinen internationalen Rechnungslegungsvorschriften (International Financial Reporting Standard, IFRS) zur Segmentberichterstattung eine Auflage enthalten, nach der multinationale Unternehmensgruppen auf Grundlage einer länderbezogenen Rechnungslegungsvorschrift Bericht erstatten müssen. Dies gilt für all ihre Transaktionen (sowohl an/von Dritte/n als auch konzernintern), Arbeitskosten, Anzahl der Beschäftigten, Finanzkosten (von Dritten als auch konzernintern), Gewinn vor Steuern,

Steuerrückstellungen und tatsächlich gezahlte Steuern sowie über Investitionen in Sachanlagen und in immaterielle Anlagen ohne Ausnahme irgendeines Landes oder Territoriums. Dies würde für InvestorInnen, Anspruchsberechtigte und Steuerbehörden einen umfassenden Überblick über jede Unternehmensgruppe bieten und hätte zudem zum Ziel, die Kapitalkosten zu senken, die effiziente Verteilung von Ressourcen zu gewährleisten, dem Missbrauch konzerninterner Verrechnungspreise ein Ende zu setzen und eine effektivere und transparentere internationale Verteilung des Steueraufkommens zu fördern.

Die Satzung des IASB sollte dahingehend reformiert werden, dass diese Organisation nicht länger als Unternehmen in Privatbesitz agiert, dessen Finanzen von großen Rechnungsprüfungsunternehmen und der Finanzdienstleistungsgemeinschaft kontrolliert werden. Stattdessen sollte die IASB als Expertenkommission des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen unter Einbeziehung der jeweiligen Vorgaben von Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu einer internationalen Behörde heranwachsen. Der Entwurf des IASB für eine Überarbeitung seines Bezugsrahmens sollte umfassend neu überdacht werden, um die Lehren aus der derzeitigen Krise mit einzubeziehen. Diese zeigen, dass der Ansatz des IASB aufgrund des Vorrangs, die dem Informationsbedürfnis mobiler FinanzinvestorInnen verliehen wurde, einseitig war. Daher sollten die IASB-Normen das jeweilige Unternehmen auch hinsichtlich der sozialen Einbettung seiner Nutzung der wirtschaftlichen Ressourcen einer Gesellschaft bewerten und so zu einer sozial gerechteren und nachhaltigeren Wirtschaft beitragen.

Diejenigen nationalen und internationalen Institutionen, die Standards für die Berichterstattung zu Unternehmensverantwortung (Corporate Social Responsibility, CSR) aufstellen, sollten anerkennen, dass die Zahlung der Steuerschuld in angemessener Höhe den größten Beitrag eines jeden Unternehmens zur Unternehmensverantwortung darstellt. Sie sollten deshalb auch eine Vorschrift in ihre Standards aufnehmen, wonach Finanz- und Besteuerungsdaten auf Grundlage länderbezogener Rechnungslegungsvorschriften in der oben erwähnten Form offen zu legen sind. Diese könnten auf der IASB-Norm beruhen – sofern und sobald eine geeignete Norm entwickelt worden ist.

Die für die Regulierung der Aktivitäten von Finanzdienstleistern zuständigen Landesvertretungen sollten ‚Codes of Conduct‘ entwerfen, die ihre Mitglieder als Bedingung für ihre Mitgliedschaft erfüllen müssen. Diese Verhaltenskodizes sollten die Transparenz und Verantwortung in Bezug auf die Einhaltung der geltenden Bestimmungen und Regelungen (Regulatory Compliance) und der Steuergesetze (Tax Compliance) unterstützen. Sie sollten insbesondere die Förderung finanzieller Verdunkelungsstrategien und missbräuchlicher Steuervermeidung verbieten. Sie könnten auf dem ‚Code of Conduct‘ beruhen, den das UN-Expertenkomitee für Steuerfragen derzeit vorbereitet. In diesem Zusammenhang bedeutet (i) die Einhaltung von Steuervorschriften (Tax Compliance), dass die richtige Steuersumme am richtigen Ort zum richtigen Zeitpunkt bezahlt wird. Dies geschieht auf Grundlage der Tatsache, dass der wirtschaftliche Gehalt von Transaktionen der Form entspricht, in der er zu Besteuerungszwecken angegeben wird. (ii) Missbräuchliche Steuervermeidung wiederum bedeutet, dass eine Transaktion zum hauptsächlichen oder alleinigen Zweck durchgeführt wird, sich einen Steuervorteil zu sichern, der vom Gesetz ursprünglich nicht vorgesehen war.

Spielregeln für Global Players

Ein Aufruf der Kritischen AktionärInnen

Die aktuelle Finanzkrise ist Anlass, über Unternehmensverantwortung nachzudenken. Freiwillige Selbstverpflichtungen und wolkige Versprechungen der Konzerne reichen nicht mehr aus. Gefragt sind verbindliche Spielregeln für Global Players.

Manager setzen das Geld von Anlegern aufs Spiel, riskieren Arbeitsplätze, gefährden den Fortbestand ihres Unternehmens und kümmern sich nicht um die Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft.

Doch eklatanter als das persönliche Versagen von Vorständen und Aufsichtsräten ist ein Systemversagen. Die neoliberale Ideologie, der Staat solle sich aus der Wirtschaft heraushalten und den Markt dem freien Spiel der Kräfte überlassen, hat jahrelang manche Köpfe vernebelt. Politiker haben sich zu Handlangern von Lobbyisten machen lassen, Finanzmärkte dereguliert und die öffentliche Daseinsfürsorge privatisiert.

Nun ist die Spekulationsblase geplatzt, viele Aktienkurse befinden sich auf Talfahrt und Banken stehen vor dem Zusammenbruch. Was vor kurzem noch undenkbar erschien, ist nun Realität: Viele Global Players – also weltweit agierende Konzerne – werden mit staatlichen Finanzspritzen reanimiert.

Wir, die Kritischen Aktionäre, sind der Meinung, dass die Finanzmarktkrise auf mehreren Ebenen zu spürbaren Veränderungen führen muss. Grundsätzlich müssen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Mensch und Umwelt wieder im Mittelpunkt stehen. Das müssen jetzt auch die Konzerne akzeptieren. Würden sie sich an einfache Spielregeln halten, ginge es allen besser.

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre schlägt deshalb **drei Spielregeln für Global Players** vor:

- 1. Sei ein ehrbarer Kaufmann und kein Hasardeur.** Vorstände aber auch Anleger müssen wieder mit Renditen im einstelligen Prozentbereich zufrieden sein.
- 2. Orientiere Dich am Gemeinwohl.** Verantwortliches Unternehmenshandeln muss sich stärker als bisher am Stakeholder Value ausrichten.
- 3. Verpflichte Dich, die Spielregeln einzuhalten.** Unternehmensverantwortung muss gesetzlich verankert werden. Wer die Regeln verletzt, wird zur Rechenschaft gezogen.

Aber nicht nur die Konzerne und Anleger, auch die Konsumenten müssen sich umstellen. Maximen wie „Hauptsache billig“ oder „Geiz ist geil“ dürfen nicht mehr das Kaufverhalten bestimmen.

Manchmal ist es Mitarbeitern von Unternehmen zu verdanken, dass illegales Handeln, Korruption und Fehlverhalten erkannt und bekannt gemacht werden. So genannte **Whistleblower** verhindern, dass Missstände von Vorgesetzten unter den Teppich

gekehrt werden – und werden dadurch oft zum Ziel von Mobbing. Deshalb setzen sich die Kritischen Aktionäre auf den Hauptversammlungen 2009 dafür ein, dass Whistleblower in ihren Unternehmen nicht mehr stigmatisiert, diskriminiert und sanktioniert werden, sondern Ansprechpartner erhalten, die ihre Beschwerden ernst nehmen.

Kritische Aktionäre fordern Stärkung der Verbraucherrechte auf Finanzmärkten

Dachverband unterstützt Lehman-Geschädigte / Demonstration in Frankfurt

Es kann nicht angehen, dass die Bundesregierung Banken mit Milliarden-Bürgschaften aus der Klemme hilft, und kleine Privatanleger ihrem Schicksal überlässt. Schließlich ist es unter anderem falscher oder schlechter Beratung von Banken zuzuschreiben, dass Tausende von Kunden ihre Ersparnisse verloren haben.

Aus diesem Grund unterstützen die Kritischen Aktionäre die Interessengemeinschaft der durch Lehman-Brothers-Papiere geschädigten Anlegerinnen und Anleger.

Die Kritischen Aktionäre verlangen:

- einen Fonds zur Sicherung der Prozesskosten sowie der Beweise. Diesen Fonds soll die Bundesregierung einrichten.
- ein Aufsichtsgremium, das sich um Marktbeobachtung und Aufklärung im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher von Finanzdienstleistungen kümmert.
- die Verbesserung der Beratungsqualität beim Verkauf von Finanzprodukten. Dazu gehört die Abkehr von der provisionsorientierten Beratung oder doch zumindest die Offenlegung der Provision durch den Berater.